

INHALT

- GKV-Spitzenverband legt Positionspapier vor
- Moratorium für die Gesundheitskarte
- Sachverständigenrat fordert ausgabenbezogene Gesundheitsreform
- Krankenhaus-Report 2010: Fallpauschalen steigern die Produktivität

■ Reichelt: Leistungserbringer sollen zur Konsolidierung der GKV beitragen

Der AOK-Bundesverband begrüßt die Entscheidung der Bundesregierung, 2010 den Steuerzuschuss wegen krisenbedingter Einnahmeausfälle um 3,9 Milliarden Euro zu erhöhen. Das prognostizierte Defizit betrage jedoch 7,5 Milliarden Euro. Zur Konsolidierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) sei es daher angebracht und notwendig, die Ausgabensteigerungen zu begrenzen, erklärte der Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundesverbandes, Dr. Herbert Reichelt. Die Ärzte, Krankenhäuser und Pharmaunternehmen seien in die Verantwortung zu nehmen und deren Einnahmewachstum bis 2013 an das Wirtschaftswachstum zu koppeln. Dies könne die Bundesregierung im geplanten „Gesetz zur Stabilisierung der Finanzierung der Sozialversicherungssysteme“ festschreiben, erläuterte Reichelt. Die Forderung passe zum Grundsatz der **Koalitionsvereinbarung**, dass das Ausgabenwachstum des Bundeshaushaltes unter dem Wachstum des Bruttoinlandproduktes liegen müsse. „Auch **Leistungserbringer** sollten sich für einen begrenzten Zeitraum damit zufrieden geben, dass ihre Einnahmen nicht stärker wachsen als die gesamte Wirtschaft“, so Reichelt. Das wäre nach derzeitiger Schätzung der Wirtschaftsinstitute ein Plus von 1,5 Prozent pro Jahr.

Infos: www.aok-bv.de/politik/finanzierung/index_01917.html

■ Posten im BMG und BMAS neu besetzt

Nach der Besetzung der Ämter der Parlamentarischen Staatssekretäre mit dem FDP-Politiker Daniel Bahr und der CDU-Politikerin Annette Widmann-Mauz sind im Bundesministerium für Gesundheit (BMG) weitere Personalentscheidungen gefallen: Stefan Kapferer, bislang Staatssekretär im Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, ist neuer beamteter Staatssekretär. Dr. Ulrich Orłowski, seit 1996 Leiter der Unterabteilung Krankenversicherung, leitet künftig die Abteilung 2 „Gesundheitsversorgung, gesetzliche Krankenversicherung, Pflegeversicherung“. Auch im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) gibt es Veränderungen: Ende November wurde Dr. Ursula von der Leyen zur neuen Ministerin ernannt. Die promovierte Ärztin war zuvor Bundesfamilienministerin. Im Dezember sollen die beiden neuen beamteten Staatssekretäre ihre Arbeit im BMAS aufnehmen: Andreas Storm, der von 2002 bis 2005 die Arbeitsgruppe Gesundheit und Soziale Sicherung der CDU/CSU-Fraktion leitete, und Gerd Hoofe, bisher beamteter Staatssekretär im Bundesfamilienministerium.

Infos: www.bmg.bund.de und www.bmas.de

ZUR PERSON I



Dr. Carola Reimann ist jetzt Vorsitzende des Bundestags-Gesundheitsausschusses. Sie war in der vorigen Legislaturperiode gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion.



Jens Spahn heißt der neue gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion. Er hatte sich in einer Kampf-abstimmung gegen Dr. Rolf Koschorrek durchgesetzt.



Ulrike Flach war bereits zweimal Sprecherin der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag, und zwar für Forschungs- und für Technologiepolitik. Nun ist sie gesundheitspolitische Sprecherin.

Redaktionsschluss
dieser Ausgabe:
4. Dezember 2009

■ GKV-Spitzenverband legt Positionspapier vor

Der GKV-Spitzenverband hat die Leitlinien für seine politische Arbeit in den kommenden Jahren festgelegt. Solidarität, Sachleistung und Selbstverwaltung sind die Säulen, auf denen die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) auch in Zukunft stehen soll. Der **Leistungskatalog** der GKV sei weiterhin staatsfern in einem transparenten Verfahren im Gemeinsamen Bundesausschuss festzulegen. Für „mehr wettbewerbliche Handlungsspielräume“ setzt sich der Verband ein, wenn es darum geht, **Wirtschaftlichkeitsreserven** zu heben. Die bestünden beispielsweise im Arzneimittelbereich. So seien verpflichtende Preisverhandlungen mit den Herstellern geboten, wenn Medikamente mit hohen Tagestherapiekosten und ohne therapeutische Alternative (sogenannte therapeutische Solisten) auf den Markt gebracht sollen. Auch bei der nächsten Reform im stationären Sektor sei eine stärkere Wettbewerbsorientierung einzuführen. Krankenkassen müssten die Möglichkeit erhalten, für ausgewählte Leistungen Verträge mit einzelnen Krankenhäusern abzuschließen. Der Titel des vom Verwaltungsrat des GKV-Spitzenverbandes beschlossenen Papiers lautet „Positionen für ein zukunftsfestes Gesundheitswesen“.

Infos: www.gkv-spitzenverband.de/PM_VR_20091126_Positionen.gkvnet

■ AOK: Rund 900 Millionen Euro Überschuss nach drittem Quartal

Die Gesundheitskasse hat in den ersten neun Monaten 2009 einen Überschuss von rund 900 Millionen Euro erwirtschaftet. „Die AOK schreibt 2009 schwarze Zahlen. Sie kann daher ohne **Zusatzbeiträge** in das neue Jahr gehen“, erklärte dazu Dr. Herbert Reichelt, Vorstandsvorsitzender des AOK-Bundesverbandes. Grundlage der Erfolge seien das gute Kosten- und Leistungsmanagement der AOK, zum Beispiel durch Arzneimittel-Rabattverträge und Disease-Management-Programme für chronisch Kranke. Reichelt betonte: „Wenn die Krankenkassen jetzt durch den **Gesundheitsfonds** und durch den **morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich** (Morbi-RSA) annähernd gleiche Wettbewerbsbedingungen haben, dann funktioniert der Wettbewerb zum Wohle der Patienten und der Beitragszahler. Verzerrungen zu Lasten von Krankenkassen mit mehr kranken und mehr einkommensschwachen Versicherten werden derzeit durch den Morbi-RSA und den vollständigen Einnahmenausgleich über den Gesundheitsfonds verhindert. Die aktuellen Zahlen zeigen, dass nun endlich diejenigen Kassen erfolgreich wirtschaften können, die ein gutes und effizientes Versorgungsgeschehen organisieren“. Der Vorstandsvorsitzende kündigte an, die AOK-Gemeinschaft wolle alles tun, um Zusatzbeiträge so lange wie möglich zu vermeiden. Wie lange dies gelingen könne, werde sich wahrscheinlich im Frühjahr 2010 genauer bestimmen lassen. Die aktuellen Überschüsse benötige die AOK, um absehbare Belastungen zu bezahlen. Dazu gehörten steigende Behandlungskosten und die Schweinegrippe-Schutzimpfungen.

Infos: www.aok-bv.de/presse/pressemitteilungen/2009/index_01937.html

ZUR PERSON II



Birgitt Bender ist erneut gesundheitspolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen geworden. Das war sie bereits in der 15. und 16. Legislaturperiode.



Professor Karl Lauterbach, von 1999 bis 2005 Mitglied des Sachverständigenrates und seit 2005 im Deutschen Bundestag, ist neuer gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.



Dr. Martina Bunge, bisher Vorsitzende des Gesundheitsausschusses, ist jetzt gesundheitspolitische Sprecherin der Links-Fraktion.

■ Moratorium für medizinischen Teil der elektronischen Gesundheitskarte

Die Arbeit am medizinischen Teil der **elektronischen Gesundheitskarte** (eGK) liegt auf Eis. Zunächst müsse eine **Telematikinfrastruktur** geschaffen und mit einer „erweiterten und datenschutzrechtlich sicheren Krankenversichertenkarte“ begonnen werden, so Bundesgesundheitsminister Dr. Philipp Rösler nach einem Gespräch mit dem GKV-Spitzenverband und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung. „Die Realisierung weiterer medizinischer Anwendungen wird so lange mit einem unbefristeten Moratorium belegt, bis praxistaugliche, höchsten datenschutzrechtlichen Anforderungen entsprechende Lösungen vorliegen“, erklärte der Minister weiter. Die eGK sollte als Nachfolger der bisherigen **Krankenversichertenkarte** ursprünglich 2006 starten. Ihre Gespräche setzen die Spitzen des Ministeriums und der Verbände am 14. Dezember fort.

Infos: www.gkv-spitzenverband.de/Gem_PM_091119_Telematikinfrastruktur.gkvnet

KOMMENTAR

Zwei Fliegen mit einer Klappe direkt nach dem Amtsantritt zu schlagen, ist ein Kunststück. Philipp Rösler hat es vollbracht. Zum einen fühlt sich ein Teil der FDP-Klientel – nämlich die Ärzteschaft, die notorisch wenig von der elektronischen Gesundheitskarte hält – wegen des Moratoriums gut politisch vertreten. Zum anderen bietet die bereits im Koalitionsvertrag angekündigte Bestandsaufnahme die Chance für einen echten Neubeginn des Großprojekts, was wiederum die Krankenkassen hoffnungsfroh stimmen dürfte. Deutschland als eine führende Industrienation kann auf Dauer nicht wollen, dass sein Gesundheitssystem auch im 21. Jahrhundert noch in weiten Teilen auf Papier verwaltet wird. Die neue Karte samt Anwendungen wie dem elektronischen Rezept müssen also kommen. Auf dem Weg dahin ist aber noch viel Geschick gefragt, etwa bei der Frage, ob sich die Ärzte sich von einer freiwilligen Onlineanbindung überzeugen lassen oder ob sie zwangsverpflichtet werden müssen. (ink)

■ Mitglieder und Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit des Bundestages stehen fest

Der Gesundheitsausschuss des Bundestages hat in der aktuellen Legislaturperiode 37 Mitglieder. Zur Vorsitzenden wurde die SPD-Abgeordnete Dr. Carola Reimann (siehe Seite 1) gewählt. Ihre Stellvertreterin ist Kathrin Vogler (Die Linke). Die Mitglieder:

CDU/CSU: Rudolf Henke, Michael Hennrich, Dr. Rolf Koschorrek, Karin Maag, Maria Michalk, Dietrich Monstadt, Lothar Riebsamen, Erwin Josef Rüdell, Jens Spahn, Stephan Stracke, Max Straubinger, Stefanie Vogelsang, Wolfgang Zöllner, Willi Zylajew

FDP: Jens Ackermann, Christine Aschenberg-Dugnus, Ulrike Flach, Heinz Lanfermann, Lars Lindemann, Dr. Erwin Lotter

SPD: Bärbel Bas, Dr. Edgar Franke, Angelika Graf, Professor Karl Lauterbach, Steffen-Claudio Lemme, Hilde Mattheis, Mechthild Rawert, Dr. Carola Reimann, Dr. Marlies Volkmer

Die Linke: Dr. Martina Bunge, Kathrin Senger-Schäfer, Kathrin Vogler, Harald Weinberg

Bündnis 90/Die Grünen: Birgitt Bender, Maria Klein-Schmeinck, Elisabeth Scharfenberg, Dr. Harald Terpe

Infos: www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a14/index.jsp

■ AOK veröffentlicht Pflegeheim-Benotungen

Die ersten Benotungen von Pflegeheimen sind jetzt im AOK-Pflegenavigator eingestellt. Sie basieren auf Transparenzberichten, die vom **Medizinischen Dienst der Krankenkassen** erstellt werden. Versicherte haben – auch anhand der vergebenen Schulnoten – die Möglichkeit, die Qualität von Einrichtungen miteinander zu vergleichen. Der Pflegenavigator ist ein Internetportal der AOK, das monatlich mehr als 50.000 Nutzer verzeichnet. Im Pflegeheim-Navigator sind bundesweit mehr als 12.600 stationäre Einrichtungen, im Pflegedienst-Navigator über 10.300 ambulante Dienste aufgeführt.

Infos: www.aok-gesundheitsnavi.de/pflegeheim.16.html

■ Plädoyer für „soziale Gesundheitswirtschaft“

Für eine „wertorientierte Wettbewerbsordnung, in der die Sicherung und die Förderung der an den individuellen Gesundheitsbedürfnissen orientierten Versorgungsqualität im Mittelpunkt stehen“, plädiert eine neue Publikation der Konrad-Adenauer-Stiftung. Die Autoren argumentieren dafür, Vorschriften zu kippen oder zu ändern, die ihrer Ansicht nach nicht mehr zeitgemäß sind. Dazu gehören sektorspezifische Regelungen wie Vergütungssysteme, **Wirtschaftlichkeitsprüfungen** und die **Bedarfsplanung**, aber auch das Fernbehandlungsverbot, das nach Einschätzung der Verfasser die Einführung der Telemedizin in größerem Rahmen behindert. Gesetzliche und private Krankenversicherung sollen künftig auf einem gemeinsamen Markt agieren. Aus Sicht der Autoren haben die gesetzlichen Krankenkassen sich jedoch auf das medizinisch Notwendige zu konzentrieren. Alles Weitere müssten bei Bedarf **Zusatzversicherungen** abdecken. Das Papier der sechs Autoren trägt den Titel „Soziale Gesundheitswirtschaft – Ordnungsrahmen für ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem“.

Infos: www.kas.de/wf/de/33.17746/

■ AOK-Herbstfest: Bahr attestiert AOK Vorreiterrolle im Gesundheitswesen

Der AOK hat Daniel Bahr, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium, eine Vorreiterrolle im Gesundheitswesen attestiert. Beim Herbstfest des AOK-Bundesverbandes sprach er sich vor rund 400 Gästen außerdem für einen **Krankenkassenwettbewerb** nach fairen Regeln aus. Dazu gehöre auch ein finanzieller Ausgleich für jene Kassen, die sich bei der Versorgung ihrer Versicherten besonders engagierten. Dr. Herbert Reichelt, Vorstandsvorsitzender des AOK-Bundesverbandes, kündigte an, die Reformbemühungen der neuen Regierung konstruktiv begleiten zu wollen. Er lobte, dass laut Koalitionsvertrag alle Bürger unabhängig von Einkommen, Alter, sozialer Herkunft und gesundheitlichem Risiko gute medizinische Leistungen erhalten sollten.

Infos: www.aok-bv.de/politik/reformaktuell/index.html

■ OECD empfiehlt Deutschland: Sozialabgaben senken, Vermögensteuer anheben

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) kritisiert die hohen Sozialabgaben in Deutschland, sieht aber bei der Vermögensbesteuerung noch Spielraum. Mit einer Quote von 13,3 Prozent habe Deutschland 2008 bei den Sozialabgaben an Platz sechs der OECD-Staaten gelegen. Die Einnahmen aus Substanzsteuern, also Grund-, Vermögens-, Schenkungs- und Erbschaftssteuer, hätten im vorigen Jahr nur 0,9 Prozent betragen. Das sei weniger als die Hälfte des OECD-Durchschnitts.

Infos: www.oecd.org

■ Leutheusser-Schnarrenberger will Arbeitnehmerdatenschutz-Gesetz

Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger hat sich für ein eigenständiges Arbeitnehmerdatenschutz-Gesetz ausgesprochen. Dieses solle unter anderem klarstellen, welche Gesundheitsfragen bei Bewerbungsgesprächen unzulässig seien. Der Deutsche Gewerkschaftsbund begrüßte den Vorstoß, die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände hingegen warnte vor Überregulierung. Derzeit fragt das Land Berlin in einem Formular Stellenbewerber nach psychischen Erkrankungen, Vorerkrankungen, behandelnden Ärzten und Drogenkonsum, was bereits zu Protesten geführt hat. Laut Koalitionsvertrag ist Bundesinnenminister Thomas de Maizière für das Thema Datenschutz und somit für ein entsprechendes Gesetz zuständig.

Infos: www.liberal.de

■ Sachverständigenrat fordert ausgabenorientierte Gesundheitsreform

Wenig zufrieden zeigt sich der Sachverständigenrat für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung mit den jüngsten Reformen im Gesundheitswesen. In ihrem Jahresgutachten 2009/10 mit dem Titel „Die Zukunft nicht aufs Spiel setzen“ monieren die Autoren, mit dem Start des Gesundheitsfonds seien „weder die vom Sachverständigenrat geforderte Einführung eines einheitlichen Krankenversicherungsmarkts, noch die dringend notwendige Abkoppelung der Beiträge von den Löhnen umgesetzt worden“. Der Gesundheitsfonds könne allerdings als „Ausgangspunkt für die Etablierung der von Rat empfohlenen Bürgerpauschale dienen“. Zunächst müssten jedoch die Zusatzbeiträge ausschließlich als Pauschalen erhoben werden. Der Bundesregierung rät das Expertengremium, „nicht nur finanzierungsseitige, sondern insbesondere auch ausgabenorientierte Reformen“ anzugehen. So würde eine Liberalisierung des Arzneimittelvertriebs, insbesondere die Erlaubnis, [Apothekenketten](#) betreiben zu dürfen, den Kostenanstieg im Medikamentensektor bremsen.

Infos: www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de



Vorschau

Ausgabe 12/2009

Krankenhäuser: Kurzfristiger Geldsegen

Die Wirtschaftskrise beschert den Kliniken eine Finanzspritze von 1,3 Milliarden Euro. Doch die kurzfristige Hilfe kann den Rückzug der Länder aus der Investitionskostenfinanzierung nicht ausgleichen, wie Simone Burmann, Astrid Schwarz und Christian Wehner erklären.

Medizin für Mittellose

Für illegale Zuwanderer ist bei Krankheit die Arztpraxis um die Ecke tabu. Doch auch für sie gibt es medizinische Angebote, zum Beispiel vom Malteser Hilfsdienst. Der betreibt in elf Städten Beratungsstellen. Dort können sich Menschen ohne Papiere kostenlos behandeln lassen. Kay Funke-Kaiser und Stefan Boness haben die Berliner Malteser Migranten Medizin besucht.

Knochenbrüchen vorgebeugt

Seit vier Jahren läuft in der Region Aachen die Integrierte Versorgung Osteoporose. Die Evaluation des Projekts der AOK Rheinland/Hamburg belegt: Die Initiative ist ein Gewinn für Patienten. Ein Beitrag von Kristina Bald, Sebastian Müller und Ruth Zaunbrecher.

GKV-Ausgabenentwicklung – Vergleich 1.–3. Quartal 2008/2009*

	GKV	AOK	BKK	IKK	EK
Ärztliche Behandlung	8,7	13,8	4,1	14,8	4,4
Behandlung durch Zahnärzte (ohne Zahnersatz)	3,0	2,9	3,6	1,2	2,5
Zahnersatz	4,0	4,0	4,8	12,1	1,4
Arzneimittel- und Verbandmittel insg.	5,2	3,8	6,7	12,4	4,3
– Summe Hilfsmittel	6,3	7,3	6,4	15,8	4,2
– Summe Heilmittel	5,1	5,8	7,3	10,9	1,5
Krankenhausbehandlung	6,4	6,6	7,7	12,6	4,4
Krankengeld	9,7	6,9	10,6	12,1	9,8
Fahrkosten	8,3	9,4	10,3	13,6	5,1
Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen	– 0,8	– 0,4	1,6	11,9	– 4,3
Soziale Dienste/ Prävention	– 2,6	– 5,4	16,0	10,4	– 10,6
Häusliche Krankenpflege	11,7	11,4	15,4	25,0	8,5
Ausgaben für Leistungen insgesamt	6,6	7,0	7,4	12,4	4,3
Netto-Verwaltungskosten	7,4	8,8	9,3	14,9	3,6

*Veränderungsrate je Versicherten in Prozent (Quelle: GKV-Statistik BMG KV 45);
EK= Ersatzkassen

Die gesetzlichen Krankenkassen haben in den ersten neun Monaten dieses Jahres einen Überschuss von rund 1,4 Milliarden Euro erzielt. Einnahmen in Höhe von 127,8 Milliarden Euro standen Ausgaben in Höhe von 126,4 Milliarden Euro gegenüber. Bei allen Kassenarten fielen zwischen Januar bis September 2009 die Einnahmen höher als die Ausgaben aus. Die Leistungsausgaben je Versicherten erhöhten sich in der gesetzlichen Krankenversicherung um durchschnittlich 6,6 Prozent.

Infos: www.bmg.bund.de

■ Krankenhaus-Report 2010: Fallpauschalen fördern die Produktivität

Die Produktivität der Krankenhäuser ist nach Einführung des Entgeltsystems über Fallpauschalen gestiegen: Die Fallzahl erhöhte sich von 2003 bis 2008 um 1,3 Prozent, während die Zahl der Betten um 7,1 Prozent sank. Das geht aus dem Krankenhaus-Report 2010 hervor, den das Wissenschaftliche Institut der AOK kürzlich vorgestellt hat. Dessen Geschäftsführer Jürgen Klauber erklärte, es bestünden aber weiterhin Effizienzreserven, die sich durch Rationalisierungsprozesse mobilisieren ließen. Klauber bezifferte diese auf zwei bis vier Milliarden Euro. Weitere Effekte seien zu realisieren, wenn die bestehende sektorale Trennung der Krankenversorgung weiter gelockert und Möglichkeiten für Selektivverträge geschaffen würden, schreiben die Autoren des Reports. Ein ungelöstes Problem sei weiterhin die Investitionsfinanzierung. Die Länder kämen hier ihren Verpflichtungen nur unzureichend nach.

Infos: www.wido.de/khreport.html